

Medienmitteilung

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmung vom 24. September 2017

Die Altersvorsorge mit dem Rücken zur Wand

Die BDP Kanton Solothurn ist enttäuscht über die klare Ablehnung beider Vorlagen zur Altersvorsorge 2020. Eine mehrheitsfähige Reform zur Sicherung unserer Altersvorsorge ist nun wichtiger denn je. Erfreulich hingegen zeigt sich die BDP Kanton Solothurn zum klaren JA zur Vorlage über die Ernährungssicherheit. Es ist der Bevölkerung offenbar ein grosses Anliegen bezüglich Nahrungsmitteln nicht ausschliesslich vom Ausland abhängig zu sein. Die klare Annahme der Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung stimmt die BDP Kanton Solothurn nachdenklich. Damit werden nämlich die Kantonsfinanzen jährlich um CHF 2.5 Millionen mehr belastet.

Altersvorsorge 2020

Die klare Ablehnung der Gesetzesrevision sowie der Finanzierungsvorlage zeigt, dass es dem Parlament nicht gelungen ist, eine mehrheitsfähige Lösung zu präsentieren. Nach über 20 Jahren ohne Reform ist es deshalb wichtiger denn je, schnellstmöglich eine neue Vorlage auszuarbeiten, um die Altersvorsorge längerfristig zu sichern. Es konnte dem Stimmvolk offenbar nicht deutlich genug aufgezeigt werden, dass die nun abgelehnte Vorlage lediglich ein Zwischenschritt bis zur nächsten notwendigen Revision gewesen wäre. Auch künftige Reformen werden immer einen Zwischenschritt sowie eine Kompromisslösung bedeuten, da im Bereich der Altersvorsorge laufend Anpassungen notwendig sind.

Ernährungssicherheit

Die BDP Kanton Solothurn zeigt sich hocheifrig über das deutliche JA zur Vorlage für die Ernährungssicherheit. Die BDP Kanton Solothurn hat sich nicht nur aktiv für die Vorlage eingesetzt, sondern war mit Markus Dietschi im Co-Präsidium des kantonalen Komitees für die Ernährungssicherheit vertreten. Die langfristige Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln, der bessere Schutz unseres Kulturlandes und der Ressourcen schonende Umgang mit Lebensmitteln scheinen der Bevölkerung genau so wichtig zu sein wie eine hohe Eigenständigkeit im Bereich der nachhaltigen Lebensmittelproduktion.

Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung (WFV)

Die BDP Kanton Solothurn ist über die klare Annahme der kantonalen Vorlage enttäuscht, jedoch nicht überrascht. Die ohnehin sehr angespannten Kantonsfinanzen werden durch die Annahme jährlich um zusätzlich CHF 2.5 Millionen belastet. Es ist nicht gelungen, dem Stimmvolk dahingehend die Augen zu öffnen, dass die Finanzierung der Weiterbildung von Ärzten nicht Aufgabe des Staates sein sollte. In praktisch jedem anderen Beruf ist es üblich, dass entweder der Betrieb und/oder der Arbeitnehmer für die Weiterbildung aufkommen.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn, 079 673 93 78

Christian van den Broeke, Vizepräsident BDP Kanton Solothurn, 079 344 24 63

24. September 2017